

Schriften zum Strafrecht

Band 362

**Die unionsrechtskonforme Auslegung
des bundesdeutschen Strafrechts**

Von

Sascha Knaupe



Duncker & Humblot · Berlin

SASCHA KNAUPE

Die unionsrechtskonforme Auslegung
des bundesdeutschen Strafrechts

Schriften zum Strafrecht

Band 362

Die unionsrechtskonforme Auslegung des bundesdeutschen Strafrechts

Von
Sascha Knaupe



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristenfakultät der Universität Leipzig hat diese Arbeit
im Wintersemester 2019/2020 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2020 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: CPI buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0558-9126
ISBN 978-3-428-18070-7 (Print)
ISBN 978-3-428-58070-5 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2019/2020 von der Juristenfakultät der Universität Leipzig als Dissertation angenommen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie konnte die öffentliche Disputation erst am 3. Juni 2020 stattfinden. Für die Druckfassung konnten Rechtsprechung und Literatur sowie Gesetzesmaterialien bis zum 5. Juni 2020 berücksichtigt werden.

Während der Errichtung dieser Arbeit erhielt ich von vielen Seiten Unterstützung und Anregungen.

An erster Stelle gebührt daher meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Diethelm Kleszczewski für die Betreuung dieser Arbeit großer Dank. Von der Themenfindung bis zum Abschluss der Arbeit stand er mir mit anregenden Diskussionen und konstruktivem Austausch sowohl in fachlicher als auch in menschlicher Hinsicht zur Seite. Ich konnte mit ihm jederzeit das Gespräch suchen, in denen er mich mit wertvollen Denkanstößen unterstützte. Zugleich gab er mir ausreichend Freiraum, den ich für die Errichtung der Arbeit benötigte. Nicht zuletzt erstellte er das umfangreiche Erstgutachten und investierte viel Mühe und Zeit in die Durchsicht der Arbeit. Weiterhin bin ich ihm für die Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl sehr dankbar. Es war eine lehrreiche und erfüllende Zeit, die mich auch in Bezug auf die Auseinandersetzung und Akzeptanz mit anderen Ansichten wissenschaftlich sehr prägte.

Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Goerlich schulde ich großen Dank für die zügige Erstellung des sowohl inhaltlich als auch stilistisch bemerkenswerten Zweitgutachtens und das damit entgegengebrachte Verständnis für den erheblichen Umfang der Arbeit. Trotz seiner ironischen Bemerkung, es dürfte kein Zufall sein, „dass ein emeritierter Kollege um das Zweitgutachten gebeten wird – also ein Kollege, von dem man vermutet, dass er die erforderliche Zeit für die Bewältigung der Aufgabe dieser Begutachtung besitzt“, und trotz seiner scherzhaften Befürchtung, „seine Lektüre der Arbeit mit ins Grab“ nehmen zu müssen, erkannte er allein bereits wegen der vorzustellenden Instrumente des Unionsrechts und der auf unionsrechtlicher und nationalstaatlicher Ebene vorhandenen Judikate die Notwendigkeit der Länge der Arbeit an. Dies gestattete ihm, „das Fallbeil einer Sanktionierung wegzustecken“ und die Arbeit als außerordentlich hervortretend sowie als „einen wesentlichen Beitrag zum Fortgang der Wissenschaft“ zu würdigen.

Ebenfalls herzlich bedanken möchte ich mich bei Frau Prof. Dr. Stephanie Schiedermaier für die kurzfristige Übernahme der Rolle als Berichterstatterin der öffentlichen Verteidigung und für das wissenschaftliche sehr interessante und angenehme Gespräch. Da es ihr wegen der COVID-19-Pandemie nicht möglich war, persönlich vor Ort zu erscheinen, nahm sie per Onlinezuschaltung teil. Die öffentliche Disputation konnte damit als Hybridveranstaltung stattfinden – ein Novum in der Juristenfakultät der Universität Leipzig.

Weiterhin möchte ich insbesondere der Dr.-Feldbausch-Stiftung und der Juristenfakultät der Universität Leipzig für die Auszeichnung mit dem Dr.-Feldbausch-Preis für das Jahr 2020 und das damit verbundene Preisgeld danken.

Leipzig, im August 2020

Sascha Knaupe

Inhaltsübersicht

Einleitung	43
A. Ziel der Arbeit	44
B. Relevanz des Themas	46
C. Gang der Arbeit	51
<i>1. Teil</i>	
Die Europäische Union und das Unionsrecht	53
A. Europäische Union	53
B. Kompetenzen der Europäischen Union auf dem Gebiet des Strafrechts	99
C. Ergebnis	142
<i>2. Teil</i>	
Der Vorrang des Unionsrechts und der Einflussfaktor der unionsrechtskonformen Auslegung	143
A. Verhältnis zwischen Unionsrecht und bundesdeutschem Recht	143
B. Die unionsrechtskonforme Auslegung (im Allgemeinen)	166
C. Das Verhältnis vom (Anwendungs-)Vorrang und unionsrechtskonformer Auslegung zueinander	184
<i>3. Teil</i>	
Prägende Entscheidungen und Ansichten von Rechtsprechung und Literatur zur unionsrechtskonformen Auslegung	189
A. Rechtsprechung	189
B. Literaturmeinungen und eigene Stellungnahme	282
C. Vergleich	405

4. Teil

**Vorgehensweise und allgemeingültige Regelungen
der unionsrechtskonformen Auslegung
(im nationalstaatlichen Strafrecht)** 409

A. Auslegung innerstaatlicher Vorschriften	409
B. Einbeziehung des Unionsrechts	413
C. Rang der unionsrechtskonformen Auslegung	444
D. Ergebnis	466

5. Teil

**Auslegung ausgewählter bundesdeutscher
materieller Strafrechtsnormen unter Berücksichtigung
der unionsrechtskonformen Auslegung** 472

A. Schutz von EU-Rechtsgütern	472
B. Tatbestände mit akzessorischen Merkmalen	502
C. Die Relevanz der unionsrechtlich umzusetzenden inhaltlichen Vorgaben ...	570

Zusammenfassung 597

A. Zusammenfassende Thesen	598
B. Ausblick	605

Literaturverzeichnis	614
-----------------------------------	-----

Rechtsprechungsverzeichnis	666
---	-----

Rechtsquellenverzeichnis	694
---------------------------------------	-----

Stichwortverzeichnis	713
-----------------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	43
A. Ziel der Arbeit	44
B. Relevanz des Themas	46
I. Bedeutung der Methodenlehre in der Jurisprudenz	47
II. Bedeutung des Unionsrechts und der unionsrechtskonformen Auslegung	48
III. Bisherige Bearbeitung	50
C. Gang der Arbeit	51
<i>1. Teil</i>	
Die Europäische Union und das Unionsrecht	53
A. Europäische Union	53
I. Struktur der Europäischen Union	55
1. Rechtsnatur der Europäischen Union	55
2. Abgrenzung der EU zu sonstigen (supranationalen) Institutionen	58
a) Europarechtliche Lösung	59
b) Völkerrechtliche Lösung	59
c) Eigene Stellungnahme	60
3. Zusammenfassung	62
II. Prinzipien der Europäischen Union	62
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	62
2. Prinzip der Subsidiarität	64
3. Prinzip der Verhältnismäßigkeit	66
4. Strafrechtsspezifisches Schonungsgebot	67
5. Effizienzprinzip	69
6. Loyalitätsgebot	70
7. Prinzip der gegenseitigen Anerkennung	72
8. Zusammenfassung	73
III. Rechtsquellen der Unionsrechtsordnung	74
1. Primäres Unionsrecht	74
a) Gründungsverträge	75
aa) Exkurs: Die Bedeutung der Begriffe unmittelbarer Geltung, Anwendbarkeit und Wirksamkeit	75
bb) Schlussfolgerungen	79

b) Charta der Grundrechte der Europäischen Union	80
c) Die EMRK	80
d) Allgemeine Rechtsgrundsätze	81
e) Exkurs: Verhältnis der drei Absätze des Art. 6 EUV zueinander	83
2. Völkerrecht	84
3. Sekundäres Unionsrecht	86
a) Verordnung	87
aa) Umsetzungsfähigkeit	87
bb) Schlussfolgerungen	89
b) Richtlinie	89
aa) Hinreichende Bestimmtheit und inhaltliche Unbedingtheit als Voraussetzung richtlinienkonformer Auslegung?	92
bb) Schlussfolgerungen	93
c) Exkurs: Rahmenbeschluss	94
d) Beschluss	96
e) Empfehlung und Stellungnahme	97
f) Sonstige Rechtsakte	97
4. Zusammenfassung	98
B. Kompetenzen der Europäischen Union auf dem Gebiet des Strafrechts	99
I. Die verschiedenen Sanktionsarten des Unionsrechts	99
II. Begriffsbestimmung des Strafrechts im Sinne des Unionsrechts	100
1. Begriffsbestimmung anhand formaler Kriterien	101
2. Begriffsbestimmung anhand materieller Kriterien	101
3. Rechtsnatur der unionsrechtlichen Sanktionsarten	107
III. Gesetzgebungsbefugnis der EU auf dem Gebiet des Kriminalstrafrechts	110
1. Europarechtliche und bundesdeutsche Judikatur	110
2. Literaturansichten	112
3. Eigene Stellungnahme	113
a) Allgemein	113
b) Besonderheiten	115
aa) Art. 325 Abs. 4 AEUV	115
bb) Art. 33 AEUV	117
cc) Art. 79 Abs. 2 lit. c) und lit. d) AEUV	118
dd) Art. 86 AEUV	120
ee) Ergebnis	121
c) Zusammenfassung	121
IV. Kompetenz zur Strafrechtsharmonisierung	122
1. Harmonisierung des materiellen Strafrechts	122
a) Originäre Strafrechtsangleichungskompetenz	122
aa) Voraussetzungen	123
bb) Grenzen	124
cc) Erweiterungsmöglichkeit	126

dd) Wirkungen	126
ee) Ausstiegsklausel	127
b) Strafrechtliche Annexkompetenz	128
aa) Voraussetzungen	130
bb) Grenzen	130
cc) Sonstiges	131
c) Weitere Harmonisierungskompetenzen	131
aa) Strafrechtsetzungskompetenz	131
bb) Kompetenz nach Art. 352 AEUV	133
cc) Ergebnis	134
2. Zusammenfassung	134
V. Assimilierung	135
1. Primär- und sekundärrechtliche Verweisungen	136
2. Anforderungen	137
a) Wirksamkeit und Abschreckung	139
b) Verhältnismäßigkeit	139
3. Wirkungen	139
4. Harmonisierungseffekt	140
5. Zusammenfassung	141
VI. Zusammenfassung	142
C. Ergebnis	142

2. Teil

**Der Vorrang des Unionsrechts und der Einflussfaktor
der unionsrechtskonformen Auslegung**

A. Verhältnis zwischen Unionsrecht und bundesdeutschem Recht	143
I. Vorrang des Unionsrechts	145
1. Rechtsprechung des EuGH	146
2. Rechtsprechung des BVerfG	148
3. Eigene Stellungnahme	151
II. Geltungs- oder Anwendungsvorrang	154
III. Reichweite des (Anwendungs-)Vorrangs	156
1. Kollisionskonstellationen	156
a) Echte und unechte Kollision	156
b) Direkte und indirekte Kollision	157
2. Auswirkungen auf das nationalstaatliche Strafrecht	159
a) Unanwendbarkeit innerstaatlicher Strafvorschriften	159
b) Kollisionen auf der Tatbestands- und Rechtsfolgenseite	161
c) Ausschluss einer derogierenden Wirkung	165
IV. Zusammenfassung	166

B. Die unionsrechtskonforme Auslegung (im Allgemeinen)	166
I. Begriff und Zweck der unionsrechtskonformen Auslegung	166
II. Pflicht und Begründung zur unionsrechtskonformen Auslegung	168
1. Meinungsstand	169
2. Eigene Stellungnahme	172
a) Rechtsgrundlagen im Unionsrecht	173
b) Rechtsgrundlagen im bundesdeutschen Recht	179
c) Sonstige Herleitungsmöglichkeiten	181
d) Zusammenfassung	183
C. Das Verhältnis vom (Anwendungs-)Vorrang und unionsrechtskonformer Auslegung zueinander	184

3. Teil

Prägende Entscheidungen und Ansichten von Rechtsprechung und Literatur zur unionsrechtskonformen Auslegung 189

A. Rechtsprechung	189
I. Im Allgemeinen	190
1. Entscheidungen des EuGH	190
a) Die Phase der Auslegung von Gemeinschaftsrechtsnormen	190
aa) Die Entscheidung „Mazzalai“	192
bb) Zwischenfazit	194
b) Die Phase der Ausdehnung und begrenzten Verpflichtung	194
aa) Die Entscheidungen „von Colson und Kamann“ und „Harz“	195
bb) Die Entscheidung „Grimaldi“	198
cc) Die Entscheidung „Pfeiffer u. a.“	200
dd) Die Entscheidung „Adeneler u. a.“	202
ee) Zwischenfazit	208
2. Entscheidungen bundesdeutscher Gerichte	209
a) Der Bundesfinanzhof	209
aa) Das Urteil „Freigenussrecht“	210
bb) Der Vorlagebeschluss zur „Bemessungsgrundlage für Umsatzsteuer bei Ermittlung des Eigenverbrauchs“	212
cc) Zusammenfassung	214
b) Das Bundesarbeitsgericht	215
aa) Die Urteile zu „§ 611a BGB a.F.“	215
bb) Das Urteil „Dienstaltersgrenze für Cockpitpersonal“	218
cc) Zusammenfassung	220
c) Die Zivilsenate des Bundesgerichtshofs	221
aa) Das Urteil zur „Unzulässigkeit einer ‚verdeckten Sacheinlage‘ bei Kapitalerhöhung einer AG“	222
bb) Das Urteil „Testpreis-Angebot“	224

cc) Das Urteil „Heininger II“	226
dd) Das Urteil „Quelle“	231
ee) Zusammenfassung	234
d) Sonstige bundesdeutsche Gerichte	236
e) Zwischenfazit	238
3. Allgemeiner Vergleich	240
II. Im Strafrecht	244
1. Entscheidungen des EuGH	244
a) Das Urteil „Kolpinghuis Nijmegen“	244
b) Das Urteil „Nijman“	249
c) Das Urteil „Arcaro“	250
d) Das Urteil „Strafverfahren gegen X“ (Telecom Italia)	254
e) Das Urteil „Pupino“	258
f) Zwischenfazit	260
2. Entscheidungen bundesdeutscher Rechtsprechung	262
a) Das „Pyrolyse-Urteil“	262
b) Das Urteil „zum Verhältnis zwischen Geldwäsche und Hehlerei“	265
c) Das Urteil zur „Kameradschaft Sturm 34“	268
d) Das Urteil „Abo-Fallen im Internet“	271
e) Zwischenfazit	274
3. Strafrechtlicher Vergleich	275
III. Endgültiger Vergleich	278
B. Literaturmeinungen und eigene Stellungnahme	282
I. Grenzen	283
1. Nur im Rahmen ihrer Zuständigkeiten	284
a) Literaturauffassungen	284
b) Eigene Stellungnahme	285
2. Nur innerhalb des nationalstaatlichen Beurteilungsspielraums	286
a) Nationalstaatliche Grenzen	286
aa) Literaturauffassungen	286
bb) Eigene Stellungnahme	287
(1) Bundesdeutsche Auslegungsmethodik	288
(a) Die Gesetzesauslegung	288
(aa) Vorstellung der klassischen bundesdeutschen Auslegungsmethoden	288
(α) Der Wortlaut	289
(β) Die Systematik	289
(γ) Der historische Gesetzgeber	290
(δ) Die Teleologie	291
(αα) Subjektiv teleologische Auslegung	291
(ββ) Objektiv teleologische Auslegung	292
(γγ) Eigene Stellungnahme	292

(ε) Zusammenfassung	298
(bb) Die Rangfolge der Auslegungsmethoden	301
(α) Relativer Vorrang der teleologischen Auslegung innerhalb des zulässigen Wort- lautes, Sperrwirkung des klar erkennbar entgegenstehenden Gesetzgeberwillens	302
(β) Zwischenergebnis	305
(b) Die richterliche Rechtsfortbildung	305
(aa) Verfassungsrechtliche Legitimation	307
(bb) Arten der richterlichen Rechtsfortbildung	308
(α) Gesetzesimmanente Rechtsfortbildung	309
(αα) Planwidrige Unvollständigkeit des Gesetzes	309
(ββ) Methoden der gesetzesimmanenten Rechtsfortbildung	312
(β) Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	315
(γ) Rechtsfortbildung contra legem	317
(cc) Zwischenergebnis	318
(c) Exkurs: klar erkennbare Regelungsabsicht vs. (vermuteten) generellen Umsetzungswillen des Gesetzgebers bei Richtlinien	319
(2) Sonstige zu beachtende verfassungsrechtliche Prinzipien	321
(a) Das Rechtsstaatsprinzip	321
(b) Das Gesetzlichkeitsprinzip	323
(aa) Das Verbot von Gewohnheitsrecht	324
(bb) Das Bestimmtheitsgebot	326
(cc) Das Analogieverbot	331
(α) Exkurs: Analogieverbot auch innerhalb des Wortlautes?	333
(β) Verschleifung und Entgrenzung	336
(γ) Zwischenergebnis	341
(dd) Das Rückwirkungsverbot	341
(α) Exkurs: Änderungen höchstrichterlicher Rechtsprechung	342
(β) Zwischenergebnis	347
(ee) Zwischenergebnis	348
(c) Zusammenfassung	348
(3) Folgen für die unionsrechtskonforme Auslegung	349
b) Unionsrechtliche Grenzen	350
aa) Allgemeine Rechtsgrundsätze	351
bb) Sog. „strafbarkeitserweiternde“ Auslegung	352
(1) Literaturauffassungen	353
(2) Eigene Stellungnahme	354

cc) Bestimmtheit der Unionsrechtsakte	355
dd) Exkurs: Gefahr einer sog. Normspaltung	358
ee) Zusammenfassung	362
c) Ergebnis	362
II. Umfang	364
1. Gesamtes Unionsrecht	365
a) Inhaltliche Vorgaben des Umsetzungsbefehls	368
aa) Begriffsbedeutung der Unionsrechtskonformität	371
bb) Schlussfolgerungen	373
b) Zusammenfassung	373
2. Gesamtes nationalstaatliches Recht	373
a) Überobligatorisch angeglichenes Recht	375
aa) Inhaltliche Konkretisierung	376
bb) Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung?	377
b) Zusammenfassung	381
3. Zeitlicher Beginn des Postulats	382
a) Literaturauffassungen	383
b) Eigene Stellungnahme	385
aa) Richtlinienkonforme Auslegung = hinreichende Umsetzung?	385
bb) Bedeutung der Umsetzungsfrist	386
cc) Schlussfolgerungen	387
4. Rechtsfortbildung	396
a) Planwidrige Unvollständigkeit kraft Unionsrechts?	397
b) Schlussfolgerungen	399
5. Ergebnis	403
III. Zusammenfassung	404
C. Vergleich	405

4. Teil

**Vorgehensweise und allgemeingültige Regelungen
der unionsrechtskonformen Auslegung
(im nationalstaatlichen Strafrecht)**

	409
A. Auslegung innerstaatlicher Vorschriften	409
I. Literaturauffassungen	410
II. Eigene Stellungnahme	410
B. Einbeziehung des Unionsrechts	413
I. Die Auslegungskompetenzen	414
II. Bestehen einer Rechtsgrundlage	416
1. Allgemein	416
2. Harmonisierungsintensität	416

a) Vollharmonisierung	417
b) Mindestharmonisierung	418
c) Bestimmung der Harmonisierungsintensität	419
d) Kompetenzrechtliche Schlussfolgerungen	421
III. Primäres Unionsrecht	422
1. Die Auslegung	422
a) Der Wortlaut	423
b) Die Systematik	424
c) Die Entstehungsgeschichte	425
d) Die Teleologie	426
e) Die Rechtsvergleichung	427
f) Das Rangverhältnis	429
2. Die Rechtsfortbildung	431
IV. Besonderheiten/Abweichungen im sekundären Unionsrecht	433
V. Ermessen	434
1. Die Entscheidung „Unger“	435
2. Die Entscheidung „Niederlandse“	437
3. Die Entscheidung „Felicitas“	440
4. Zusammenfassung	442
VI. Zusammenfassung	443
C. Rang der unionsrechtskonformen Auslegung	444
I. Verhältnis zwischen unionsrechtskonformer und nationalstaatlicher Auslegungsmethoden	445
1. Absoluter Vorrang	445
2. Relativer Vorrang	445
3. Eigene Stellungnahme	446
a) Die verfassungskonforme Auslegung	447
b) Die völkerrechtsfreundliche Auslegung	450
c) Vergleich	452
d) Schlussfolgerungen	453
II. Verbindlichkeitsgrad	457
1. Die richtlinien- und rahmenbeschlusskonforme Auslegung	458
2. Die empfehlungs- und stellungnahmenkonforme Auslegung	462
III. Besonderheiten im materiellen Strafrecht?	463
IV. Zusammenfassung	465
D. Ergebnis	466
I. Schlussfolgerungen zum Postulat unionsrechtskonformer Auslegung	467
II. Reihenfolge der unionsrechtskonformen Auslegung	468
III. Schaubild	471

5. Teil

Auslegung ausgewählter bundesdeutscher materieller Strafnormen unter Berücksichtigung der unionsrechtskonformen Auslegung 472

A.	Schutz von EU-Rechtsgütern	472
I.	Amtsanmaßung (§ 132 StGB)	475
1.	Auslegung gemäß den Kriterien des bundesdeutschen Rechts	477
a)	Betrachtung des Unionsrechts	477
b)	Einbeziehung des Unionsrechts im Auslegungsergebnis	478
c)	Einbeziehung des Unionsrechts im Auslegungsvorgang	479
aa)	Meinungsstand	479
bb)	Eigene Stellungnahme	480
2.	Ergebnis und weitere Anwendungsfälle	483
II.	Urkundendelikte	485
1.	Urkundenfälschung (§ 267 Abs. 1 StGB)	486
a)	Auslegung gemäß den Kriterien des bundesdeutschen Rechts	487
aa)	Betrachtung des Unionsrechts	487
bb)	Einbeziehung des Unionsrechts im Auslegungsergebnis	488
cc)	Zwischenergebnis	489
b)	Ergebnis und weitere Anwendungsfälle	490
2.	Falschbeurkundung im Amt (§ 348 StGB); mittelbare Falschbeurkundung (§ 271 StGB)	491
a)	Auslegung gemäß den Kriterien des bundesdeutschen Rechts	492
aa)	Betrachtung des Unionsrechts	492
bb)	Einbeziehung des Unionsrechts im Auslegungsergebnis	493
cc)	Einbeziehung des Unionsrechts im Auslegungsvorgang	495
(1)	Meinungsstand	496
(2)	Eigene Stellungnahme	496
b)	Ergebnis	500
III.	Zusammenfassung und Ergänzung	501
B.	Tatbestände mit akzessorischen Merkmalen	502
I.	Umweltdelikte	504
1.	Gleichstellungsklausel in § 330d Abs. 2 S. 1 StGB	504
a)	Auslegung gemäß den Kriterien des bundesdeutschen Rechts	505
aa)	Betrachtung des Unionsrechts	506
bb)	Einbeziehung des Unionsrechts im Auslegungsvorgang	507
(1)	Meinungsstand	508
(2)	Eigene Stellungnahme	508
b)	Ergebnis	514
2.	Abfallbegriff in § 326 StGB	514
a)	Abfallbegriff bis einschließlich zum Pyrolyse-Urteil	514
b)	Abfallbegriff nach dem Pyrolyse-Urteil	517

c) Ergebnis und Ergänzung	518
II. Vorenthalten von Arbeitsentgelt (§ 266a Abs. 1 StGB)	521
1. Auslegung der Sozialrechtsnormen gemäß den Kriterien des bundesdeutschen Rechts	523
a) Betrachtung des Unionsrechts	523
b) Einbeziehung des Unionsrechts im Auslegungsvorgang	524
aa) Europarechtliche Vorgaben	525
bb) Auslegung bundesdeutscher Sozialrechtsnormen	530
2. Auslegung des § 266a Abs. 1 StGB gemäß den Kriterien des bundesdeutschen Rechts	531
a) Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung?	532
b) Einbeziehung des Unionsrechts im Auslegungsvorgang	533
3. Ergebnis	534
4. Ergänzungen	535
III. Betrug (§ 263 StGB) im Zusammenhang mit der strafbaren Werbung (§ 16 Abs. 1 UWG)	537
1. Auslegung des § 16 Abs. 1 UWG gemäß den Kriterien des bundesdeutschen Rechts	539
a) Betrachtung des Unionsrechts	539
aa) Rechtsgrundlage und Harmonisierungsintensität	540
bb) Verhältnis der Grundfreiheiten und der Richtlinie zueinander	541
b) Einbeziehung des Unionsrechts im Auslegungsvorgang	542
2. Auslegung des § 263 StGB gemäß den Kriterien des bundesdeutschen Rechts	546
a) Meinungsstand	546
b) Eigene Stellungnahme	547
aa) Bestehen eines Beachtungsgebots?	548
bb) Einbeziehung des Unionsrechts im Auslegungsergebnis	550
3. Ergebnis	555
4. Ergänzungen	555
IV. Fahrlässigkeitstatbestände	558
1. Auslegung der Fahrlässigkeitstatbestände gemäß den Kriterien des bundesdeutschen Rechts	561
a) Betrachtung des Unionsrechts	562
b) Reichweite der verpflichtenden unionsrechtskonformen Auslegung	564
c) Einbeziehung des Unionsrechts im Auslegungsvorgang	566
2. Ergebnis und Ergänzung	569
V. Zusammenfassung	569
C. Die Relevanz der unionsrechtlich umzusetzenden inhaltlichen Vorgaben	570
I. Geldwäsche (§ 261 StGB)	571
1. Auslegung des § 261 StGB gemäß den Kriterien des bundesdeutschen Rechts	573

a) Betrachtung des Unionsrechts	574
b) Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung?	575
2. Ergebnis und Ergänzungen	577
II. Vereinigungsdelikte (§§ 129 ff. StGB)	580
1. Vereinigungsbegriff	581
a) Meinungsstand	582
b) Eigene Stellungnahme	583
aa) Auslegung der §§ 129 ff. StGB a. F. gemäß den Kriterien des bundesdeutschen Rechts	583
(1) Betrachtung des Unionsrechts	584
(2) Pflicht zur rahmenbeschlusskonformen Auslegung?	585
bb) Ergebnis und Ergänzungen	586
2. Legaldefinition in § 129 Abs. 2 StGB n. F.	590
a) Abgrenzung zum Bandenbegriff	590
b) Ergebnis	592
3. Ergänzungen	594
III. Zusammenfassung	596
Zusammenfassung	
	597
A. Zusammenfassende Thesen	598
B. Ausblick	605
I. Aufgabe der nationalstaatlichen Gerichte	606
II. Zu bewältigende Probleme	607
Literaturverzeichnis	614
Rechtsprechungsverzeichnis	666
Rechtsquellenverzeichnis	694
Stichwortverzeichnis	713

Abkürzungsverzeichnis

Verweise auf Gesetzessammlungen bei einzelnen Gesetzen beziehen sich auf die entsprechenden Gesetzessammlungen des Beck-Verlages, München (www.beck-shop.de).

- 2. GPSGV Zweite Verordnung zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug – 2. GPSGV) vom 7. Juli 2011 (BGBl. I 2011, S. 1350 ff.), in 2. ProdSV umbenannt durch Art. 1 der Ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug vom 21. Oktober 2015 (BGBl. I 2015, S. 1786 f.)
- 2. ProdSV Zweite Verordnung zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug) vom 7. Juli 2011 (BGBl. I 2011, S. 1350 ff.), vormals 2. GPSGV, zuletzt geändert durch Art. 1 der Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug vom 9. Juli 2018 (BGBl. I 2018, S. 1093)
- 2. UKG Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität (31. StrÄndG – 2. UKG) vom 27. Juni 1994 (BGBl. I 1994, S. 1440 ff.)
- 2. WiKG Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (2. WiKG) vom 15. Mai 1986 (BGBl. I 1986, S. 721 ff.)
- 6. StrRG Sechstes Gesetz zur Reform des Strafrechts (6. StrRG) vom 26. Januar 1998 (BGBl. I 1998, S. 164 ff.), am 3. April 1998 berichtigt (BGBl. I 1998, S. 704)
- 19. BtMÄndV Neunzehnte Verordnung zur Änderung betäubungsmittelrechtlicher Vorschriften (Neunzehnte Betäubungsmittelrechts-Änderungsverordnung – 19. BtMÄndV) vom 10. März 2005 (BGBl. I 2005, S. 757 f.)
- A Registerzeichen des BVerwG; es weist auf folgende Verfahrensart hin: erstinstanzliche Klageverfahren (einschließlich Wiedernahmeverfahren) in Verwaltungsstreitsachen
- a. A. andere Ansicht, andere Auffassung
- a. a. O. am angegebenen Ort
- Abb. Abbildung/en
- AbfG Gesetz über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz) vom 27. August 1986 (BGBl. I 1986, S. 1410 ff.), ersetzt durch das KrW-/AbfG vom 27. September 1994 (BGBl. I 1994, S. 2705 ff.)

AbfKoBiV	Verordnung über Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallbilanzen (Abfallwirtschaftskonzept- und -bilanzverordnung – AbfKoBiV) vom 13. September 1996 (BGBl. I 1996, S. 1447 ff.), am 20. November 1997 berichtigt (BGBl. I 1997, S. 2862), aufgehoben durch Art. 2 des Gesetzes zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung vom 15. Juli 2006 (BGBl. I 2006, S. 1619 ff.)
AbfVerbrBußV	Verordnung zur Durchsetzung von Vorschriften in Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft über die Verbringung von Abfällen (Abfallverbringungsbußgeldverordnung – AbfVerbrBußV) vom 29. Juli 2007 (BGBl. I 2007, S. 1761 f.), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Änderung abfallverbringungsrechtlicher Vorschriften vom 1. November 2016 (BGBl. I 2016, S. 2452 ff.)
AbfVerbrG	Gesetz über die Überwachung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen (Abfallverbringungsgesetz – AbfVerbrG) vom 30. September 1994 (BGBl. I 1994, S. 2771 ff.), abgelöst durch das Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen und des Basler Übereinkommens vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (Abfallverbringungsgesetz – AbfVerbrG) vom 19. Juli 2007 (BGBl. I 2007, S. 1462 ff.), zuletzt geändert durch Art. 33 des Zweiten Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Zweites Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – 2. DSAnpUG-EU) vom 20. November 2019 (BGBl. I 2019, S. 1626 ff.)
AbfVerbrGebV	Verordnung zur Erhebung von Gebühren bei notifizierungsbedürftigen Verbringungen von Abfällen durch die Bundesrepublik Deutschland (Abfallverbringungsgebührenverordnung – AbfVerbrGebV) vom 17. Dezember 2003 (BGBl. I 2003, S. 2749 f.), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 37 des Gesetzes zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes vom 7. August 2013 (BGBl. I 2013, S. 3154 ff.)
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, zitiert nach Jahr, Nummer des Amtsblattes und Seite
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union, zitiert nach Jahr, Nummer des Amtsblattes und Seite
ABR	Registerzeichen des BAG; es weist auf folgende Verfahrensart hin: allgemeine Rechtsbeschwerdeverfahren
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
abw.	abweichend

AbwV	Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserverordnung – AbwV) vom 21. März 1997 (BGBl. I 1997, S. 566 ff.), Bekanntmachung der Neufassung der Abwasserverordnung vom 17. Juni 2004 (BGBl. I 2004, S. 1108 ff.), Berichtigung der Bekanntmachung zur Neufassung der Abwasserverordnung vom 14. Oktober 2004 (BGBl. I 2004, S. 2625), zuletzt geändert durch Art. 1 der Neunten Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung vom 6. März 2020 (BGBl. I 2020, S. 485 f.)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
a. E.	am Ende
AEUV	Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 1001)
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 34)
AK	Registerzeichen in Strafsachen; es bedeutet Aktenkontrolle für Haftprüfungsverfahren; zuständige Behörde ist der BGH
AktG	Aktiengesetz (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 51)
AL	Registerzeichen des BSG; es wird für das Sachgebiet der Arbeitslosenversicherung – einschließlich der Arbeitsförderung und der sonstigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit – (als Sachgebietskennzeichen) verwendet
a.l.i.c.	actio libera in causa
Alt.	Alternative
AMG	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz) (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Ergänzungsband, Nr. 272)
Anm.	Anmerkung
AnwK-StGB	AnwaltKommentar Strafgesetzbuch
AO	Abgabenordnung (AO) (Steuergesetze, Nr. 800)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
ArbG	Arbeitsgericht
ArbuR	Arbeit und Recht, zitiert nach Jahr und Seite
ArchSozWiss	Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, zitiert nach Band (Jahr) und Seite

ARs	Registerzeichen in Strafsachen; es bedeutet allgemeine Register und Gerichtsstandsbestimmungen; zuständige Behörde ist der BGH
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
Ausl	Registerzeichen der GenStA; es wird für Auslieferungssachen und Rechtshilfesachen verwendet
Az.	Aktenzeichen
AZR	Registerzeichen des BAG; es weist auf folgende Verfahrensart hin: Revisionsverfahren
B	Registerzeichen des BFH; es weist auf folgende Verfahrensart hin: Nichtzulassungsbeschwerden und Beschwerden; Registerzeichen des BSG; eine zusätzliche Kennzeichnung (sozusagen als Angabe des Gerichts bzw. der Instanz) vor seinen eigentlichen Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts, zitiert nach Band und Seite
BALM	Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung
BARefG	Gesetz zur Stärkung der Berufsaufsicht und zur Reform berufsrechtlicher Regelungen in der Wirtschaftsprüferordnung (Berufsaufsichtsreformgesetz – BARefG) vom 3. September 2007 (BGBl. I 2007, S. 2178 ff.)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landgericht
BayObLGSt.	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen, zitiert nach Jahr und Seite
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter, zitiert nach Jahr und Seite
BB	Betriebs-Berater, zitiert nach Jahr und Seite
Bd.	Bändchen, Band
Bearb.	Bearbeiter
BeckRS	Beck online Rechtsprechung (publizistische Verwendung Verlag C.H. BECK), zitiert nach Jahr, Seite und Randnummer
BEG	Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz – BEG –) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juni 1956 (BGBl. I 1956, S. 559 ff.), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I 2019, S. 2652 ff.)
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof

BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs, zitiert nach Band und Seite
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 20)
BGBI. I, II	Bundesgesetzblatt, zitiert nach Teil, Jahr und Seite
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt.	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen, zitiert nach Band und Seite
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen, zitiert nach Band und Seite
BilMoG	Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz – BilMoG) vom 25. Mai 2009 (BGBl. I 2009, S. 1102 ff.)
BilRUG	Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – BilRUG) vom 17. Juli 2015 (BGBl. I 2015, S. 1245 ff.)
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 296)
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht, zitiert nach Jahr und Seite
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 880)
BRAK-Stellungnahme	Stellungnahme der Bundesrechtsanwaltskammer, zitiert nach Nummer, Jahr und Seite
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache, zitiert nach Nummer der Drucksache, Jahr und Seite
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts, zitiert nach Band und Seite
bspw.	beispielsweise
BT	Besonderer Teil
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache, zitiert nach Wahlperiode, Nummer der Drucksache und Seite

BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz) (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Ergänzungsband, Nr. 86)
BvE	Registerzeichen des BVerfG; es weist auf folgende Verfahrensort hin: Organstreitverfahren nach Art. 93 Abs. 1 GG, §§ 63 ff. BVerfGG
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, zitiert nach Band und Seite
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 40)
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, zitiert nach Band und Seite
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, zitiert nach Band und Seite
BvF	Registerzeichen des BVerfG; es weist auf folgende Verfahrensort hin: abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2, 2a GG, §§ 76 ff. BVerfGG
BvH	Registerzeichen des BVerfG; es weist auf folgende Verfahrensort hin: Zwischenländerstreit nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG, §§ 68 ff. BVerfGG
BvL	Registerzeichen des BVerfG; es weist auf folgende Verfahrensort hin: konkrete Normenkontrolle nach Art. 100 Abs. 1 GG, §§ 80 ff. BVerfGG
BVLÜV	Verordnung zur Übertragung von Befugnissen auf das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL-Übertragungsverordnung – BVLÜV) vom 21. Februar 2003 (BGBl. I 2003, S. 244 f.), Bekanntmachung der Neufassung der BVL-Übertragungsverordnung vom 28. Mai 2009 (BGBl. I 2009, S. 1220 ff.), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung zur Anpassung lebensmittelrechtlicher und tierseuchenrechtlicher Vorschriften an die Verordnung (EU) 2017/625 vom 19. November 2019 (BGBl. I 2019, S. 1862 ff.)
BvN	Registerzeichen des BVerfG; es weist auf folgende Verfahrensort hin: Divergenzvorlage eines Landesverfassungsgerichts nach Art. 100 Abs. 3 GG
BvR	Registerzeichen des BVerfG; es weist auf folgende Verfahrensort hin: Verfassungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a, 4b GG, §§ 90 ff. BVerfGG
BvQ	Registerzeichen des BVerfG; es wird für für Verfahren über einstweilige Anordnungen nach § 32 BVerfGG verwendet
bzw.	beziehungsweise

C	Registerzeichen des BVerwG; es weist auf folgende Verfahrensart hin: Revisionsverfahren in Verwaltungsstreitsachen; Registerzeichen des EuGH; es wird seit 1990 für alle seine Verfahren als Gerichtskennzeichen verwendet
Ca	Registerzeichen des ArbG; es wird für allgemeine Zivilsachen (Arbeitsrechtssachen) verwendet
CCP	Codice di procedure penale (italienische Strafprozessordnung)
CML Rev.	Common Market Law Review, zitiert nach Jahr und Seite
CR	Computer und Recht, zitiert nach Jahr und Seite
D	Registerzeichen des RG
DB	Der Betrieb, zitiert nach Jahr und Seite
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DepV	Verordnung über Deponien und Langzeitlager (Deponieverordnung – DepV) vom 24. Juli 2002 (BGBl. I 2002, S. 2807 ff.), außer Kraft getreten durch Art. 4. S. 2 Nr. 1 und ersetzt durch die in Art. 1 der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts vom 27. April 2009 (BGBl. I 2009, S. 900 ff.) verordnete Verordnung über Deponien und Langzeitlager (Deponieverordnung – DepV), zuletzt geändert durch Art. 2 der Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung vom 27. September 2017 (BGBl. I 2017, S. 3465 ff.)
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DM	Deutsche Mark
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung, zitiert nach Jahr und Seite
DRB	Deutscher Richterbund
DRiZ	Deutsche Richterzeitung, zitiert nach Jahr und Seite
DRK-TV	Tarifvertrag über Arbeitsbedingungen für Angestellte, Arbeiter und Auszubildende des Deutschen Roten Kreuzes
DStJG	Veröffentlichungen der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft e. V., zitiert nach Band (Jahr) und Seite
DVB1.	Deutsches Verwaltungsblatt, zitiert nach Jahr und Seite
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht, zitiert nach Jahr und Seite
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) (Sartorius II, Internationale Verträge – Europarecht, Nr. 200)

EAKV	Verordnung zur Einführung des Europäischen Abfallkatalogs (EAK-Verordnung – EAKV) vom 13. September 1996 (BGBl. I 1996, S. 1428 ff.), außer Kraft getreten durch Art. 8 Nr. 2 der Verordnung zur Umsetzung des Europäischen Abfallverzeichnis vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I 2001, S. 3379 ff.)
EfbV	Verordnung über Entsorgungsfachbetriebe (Entsorgungsfachbetriebeverordnung – EfbV) vom 10. September 1996 (BGBl. I 1996, S. 1421 ff.), außer Kraft getreten durch Art. 10 Abs. 1 der Zweiten Verordnung zur Fortentwicklung der abfallrechtlichen Überwachung vom 2. Dezember 2016 (BGBl. I 2016, S. 2770 ff.)
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte, zitiert nach Jahr und Seite
EG	Europäische Gemeinschaft
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 51a)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 21)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR-E	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, zitiert nach Band und Seite
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I 1974, S. 469 ff.), am 15. Juli 1975 (BGBl. I 1975, S. 1916) und am 27. Februar 1976 (BGBl. I 1976, S. 507) berichtigt, zuletzt geändert durch Art. 2 des dreiundfünfzigsten Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Ausweitung des Maßregelrechts bei extremistischen Straftätern vom 11. Juni 2017 (BGBl. I 2017, S. 1612 f.)
EGV	Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (ABIEG 2002 Nr. C 325/33 ff. vom 24. Dezember 2002), seit dem Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 13. Dezember 2007 (ABIEU 2007 Nr. C 306/1 ff. vom 17. Dezember 2007) Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)
eIDAS	electronic IDentification, Authentication and trust Services
Einf.	Einführung
EJTAnV	Verordnung über die Benennung und Einrichtung der nationalen Eurojust-Anlaufstelle für Terrorismusfragen (Eurojust-Anlaufstellen-Verordnung – EJTAnV) vom 17. Dezember 2004 (BGBl. I 2004, S. 3520 f.), zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Durchführung der Eurojust-Verordnung vom 9. Dezember 2019 (BGBl. I 2019, S. 2010 ff.)
EL	Ergänzungslieferung
ELR	European Law Review, zitiert nach Jahr und Seite

EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 1003)
endg.	endgültig
Entwurf 1962	Regierungsentwurf eines Strafgesetzbuches mit Begründung, BT-Drucks. 4/650
ERPL	European Review of Private Law, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
ETS	European Treaty Series, zitiert nach der Nummer des Vertrages
EU	Europäische Union
EUDUR	Handbuch zum europäischen und deutschen Umweltrecht
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUGrCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 1002)
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift, zitiert nach Jahr und Seite
EuR	Zeitschrift Europarecht, zitiert nach Jahr und Seite
EUV	Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 1000)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, zitiert nach Jahr und Seite
e.V.	eingetragener Verein
EVV	Vertrag über eine Verfassung für Europa/Europäischer Verfassungsvertrag (ABIEU 2004 Nr. C 310/1 ff. vom 16. Dezember 2004), dieser Vertrag ist nicht in Kraft getreten
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV/EWG- Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (nicht im Amtsblatt veröffentlicht), seit dem Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 13. Dezember 2007 (ABIEU 2007 Nr. C 306/1 ff. vom 17. Dezember 2007) Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)
EWR	Schriftenreihe zum europäischen Weinrecht, zitiert nach Jahr und Seite
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht, zitiert nach Jahr und Seite
ex-Art.	ex-Artikel
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FG	Festgabe/Finanzgericht
FlugDaG	Gesetz über die Verarbeitung von Fluggastdaten zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/681 (Fluggastdatengesetz – FlugDaG)

vom 6. Juni 2017 (BGBl. I 2017, S. 1484 ff.), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/681 vom 6. Juni 2017 (BGBl. I 2017, S. 1484 ff.)

Fn.	Fußnote
FPersG	Gesetz über das Fahrpersonal von Kraftfahrzeugen und Straßenbahnen (Fahrpersonalgesetz – FPersG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I 1987, S. 640 ff.), zuletzt geändert durch Art. 138 des Zweiten Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Zweites Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – 2. DSAnpUG-EU) vom 20. November 2019 (BGBl. I 2019, S. 1626 ff.)
FPersV	Verordnung zur Durchführung des Fahrpersonalgesetzes (Fahrpersonalverordnung) vom 27. Juni 2005 (BGBl. I 2005, S. 1882 ff.), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung zur Änderung fahrpersonalrechtlicher und straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 8. August 2017 (BGBl. I 2017, S. 3158 ff.)
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht, zitiert nach Jahr und Seite
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GBA	Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
GEI	Gericht Erster Instanz
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Genossenschaftsgesetz – GenG) (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 53)
GenStA	Generalstaatsanwaltschaft
GesBergV	Bergverordnung zum gesundheitlichen Schutz der Beschäftigten (Gesundheitsschutz-Bergverordnung – GesBergV) vom 31. Juli 1991 (BGBl. I 1991, S. 1751 ff.), zuletzt geändert durch Art. 11 der Verordnung zur weiteren Modernisierung des Strahlenschutzrechts vom 29. November 2018 (BGBl. I 2018, S. 2034 ff.)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 1)
gg.	gegen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 52)
GmbHR	GmbH-Rundschau, zitiert nach Jahr und Seite
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union, zitiert nach Jahr und Seite

GPSG	Gesetz über technische Arbeitsmittel und Verbraucherprodukte (Geräte- und Produktsicherheitsgesetz – GPSG) vom 6. Januar 2004 (BGBl. I 2004, S. 2 ff.), aufgehoben durch Art. 37 Abs. 1 des Gesetzes über die Neuordnung des Geräte- und Produktsicherheitsrechts vom 8. November 2011 (BGBl. I 2011, S. 2178 ff.)
Gr.	Gruppe
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, zitiert nach Jahr und Seite
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil, zitiert nach Jahr und Seite
GS	Gedächtnisschrift
GSSt	Registerzeichen in Strafsachen; es bedeutet Großer Senat; zuständige Behörde ist der BGH
GURI	Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana, zitiert nach Nummer und Datum
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 95)
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GWG) vom 13. August 2008 (BGBl. I 2008, S. 1690 ff.), außer Kraft getreten durch Art. 24 Abs. 1 S. 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen vom 23. Juni 2017 (BGBl. I 2017, S. 1822 ff.)
GWBekErgG	Gesetz zur Ergänzung der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (Geldwäschebekämpfungsergänzungsgesetz) vom 13. August 2008 (BGBl. I 2008, S. 1690 ff.), am 15. April 2009 berichtigt (BGBl. I 2009, S. 816)
Habil.	Habilitation
Hbd.	Halbband
HGB	Handelsgesetzbuch (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 50)
HK-UWG	Heidelberger Kommentar zum Wettbewerbsrecht
h. L.	herrschende Lehre (d. h. überwiegende Ansicht im Schrifttum)
h. M.	herrschende Meinung (d. h. überwiegende Ansicht in Rechtsprechung und Schrifttum)
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht, zitiert nach Jahr und Seite (abrufbar unter: www.hrr-strafrecht.de)
Hrsg.	Herausgeber
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HWiG	Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften (Haustürwiderufsgesetz) vom 16. Januar 1986

	(BGBl. I 1986, S. 122 f.), Neubekanntmachung vom 29. Juni 2000 (BGBl. I 2000, S. 955 f.), aufgehoben durch Art. 6 Nr. 5 des Gesetzes zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26. November 2001 (BGBl. I 2001, S. 3138 ff.)
ILM	International Legal Materials, zitiert nach Jahr und Seite
IntVG	Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Integrationsverantwortungsgesetz) (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 98)
IPE	Ius Publicum Europaeum
iur.	iuris
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter, zitiert nach Jahr und Seite
JhbJZ	Jahrbuch Junger Zivilrechtswissenschaftler, zitiert nach Jahr und Seite
JR	Juristische Rundschau, zitiert nach Jahr und Seite
Jura	Juristische Ausbildung, zitiert nach Jahr und Seite
JurionRS	Jurion Rechtsprechung, zitiert nach Jahr, Seite und Randnummer
JuS	Juristische Schulung, zitiert nach Jahr und Seite
JZ	Juristenzeitung, zitiert nach Jahr und Seite
K	Registerzeichen des BFH; es weist auf folgende Verfahrensart hin: Entschädigungsklagen wegen überlanger Verfahrensdauer; Registerzeichen des FG; es steht für Hauptsacheverfahren, also Klagen und selbständige Anträge auf Prozesskostenhilfe; Registerzeichen des VG; es wird für Hauptverfahren und damit für Klagen, Personalvertretungssachen, Disziplinarverfahren sowie berufsgerichtliche Verfahren verwendet
Kap.	Kapitel
KassKomm	Kasseler Kommentar zum Sozialversicherungsrecht
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht/Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KK-OWiG	Karlsruher Kommentar zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
KOM	Kommission
KonBefrV	Verordnung über befreiende Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte von Mutterunternehmen mit Sitz in einem Drittstaat, der nicht Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist, zur Durchführung des Artikels 11 der Siebenten Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 (Konzernabschlussbefreiungsverordnung – KonBefrV) vom 15. Novem-

	ber 1991 (BGBl. I 1991, S. 2122), zuletzt geändert durch Art. 8 Abs. 6 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – BilRUG) vom 17. Juli 2015 (BGBl. I 2015, S. 1245 ff.)
KRB	Registerzeichen; es bedeutet Rechtsbeschwerden in Kartellbußgeldverfahren; zuständige Behörde ist der BGH
krit.	kritisch
KrW-/AbfG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz) vom 27. September 1994 (BGBl. I 1994, S. 2705 ff.), ersetzt durch das KrWG in der Fassung vom 24. Februar 2012 (BGBl. I 2012, S. 212 ff.)
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 298)
KVStG 1972	Kapitalverkehrsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. November 1972 (BGBl. I 1972, S. 2129 ff.), aufgehoben durch Art. 4 Abs. 1 Nr. 2 a) des Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Finanzmärkte (Finanzmarktförderungsgesetz) vom 22. Februar 1990 (BGBl. I 1990, S. 266 ff.)
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I 1998, S. 2776), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Errichtung eines Wirtschaftsstabilisierungsfonds (Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetz – WStFG) vom 27. März 2020 (BGBl. I 2020, S. 543 ff.)
KZR	Registerzeichen; es bedeutet Revisionen, Beschwerden gegen die Nichtzulassung der Revision und Anträge auf Zulassung der Sprungrevision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in Kartellsachen; zuständige Behörde ist der BGH
LG	Landgericht
lit.	litera (Buchstabe)
LK-StGB	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
LKW	Lastkraftwagen
LPK-StGB	Lehrbuch- und Praxiskommentar zum Strafgesetzbuch von Kindhäuser/Hilgendorf
Ls.	Leitsatz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht, zitiert nach Jahr und Seite
MTV-Bord	Manteltarifvertrag Nr. 2 für das Bordpersonal

MüKoAktG	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKoStGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
m. w. N.	mit weiterem/n Nachweis/en
NachwV	Verordnung über Verwertungs- und Beseitigungsnachweise (Nachweisverordnung – NachwV) vom 10. September 1996 (BGBl. I 1996, S. 1382 ff.), am 20. November 1997 berichtigt (BGBl. I 1997, S. 2860), Neubekanntmachung vom 17. Juni 2002 (BGBl. I 2002, S. 2374 ff.); letzte Neufassung zur Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen (Nachweisverordnung – NachwV) durch Art. 1 der Verordnung zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I 2006, S. 2298 ff.), zuletzt geändert durch Art. 11 Abs. 11 des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (eIDAS-Durchführungsgesetz) vom 18. Juli 2017 (BGBl. I 2017, S. 2745 ff.)
Neudr.	Neudruck
n. F.	neue Fassung
NJECL	New journal of European criminal law, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift, zitiert nach Jahr und Seite
NJW	Neue Juristische Wochenschrift, zitiert nach Jahr und Seite
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht, zitiert nach Jahr und Seite
NK-StGB	Nomos Kommentar zum Strafgesetzbuch
NL-BzAR	Briefe zum Agrarrecht, Zeitschrift für Agrar- und Unternehmensrecht, zitiert nach Jahr und Seite
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht, zitiert nach Jahr und Seite
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht Rechtsprechungs-Report Strafrecht, zitiert nach Jahr und Seite
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, zitiert nach Jahr und Seite
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht, zitiert nach Jahr und Seite
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht, zitiert nach Jahr und Seite
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht, zitiert nach Jahr und Seite

NZWist	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht, zitiert nach Jahr und Seite
O	Registerzeichen des LG; es steht für allgemeine Zivilsachen 1. Instanz
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung, zitiert nach Jahrgang (Jahr) und Seite
OLAF	Office européen de lutte antifraude
OLG	Oberlandesgericht
OLG-Report	Oberlandesgericht-Report, zitiert nach Jahr und Seite
OrgKG	Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität vom 15. Juli 1992 (BGBl. I 1992, S. 1302 ff.)
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 94)
P	Pourvoi (Rechtsmittelverfahren vor dem EuGH)
PAngV	Preisangabenverordnung (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Ergänzungsband, Nr. 73a)
PBvU	Registerzeichen des BVerfG; es wird für für Plenarentscheidungen, d. h. Entscheidungen der Richter beider Senate des Bundesverfassungsgerichts, in Divergenzfällen nach § 16 BVerfGG verwendet
PJZS	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PKW	Personenkraftwagen
PPU	Registerzeichen (am Ende des Aktenzeichens) des EuGH; es weist auf folgende Verfahrensart hin: Procédure préjudicielle d'urgence (beschleunigtes Vorabentscheidungsverfahren betreffend die PJZS sowie Asyl, Einwanderung und Visa)
PrFDG	Preußisches Gesetz betreffend den Forstdiebstahl vom 15. April 1878 in der Fassung des Gesetzes vom 14. Dezember 1920, des Art. I des Gesetzes vom 1. Juli 1923, des Art. 1 der Verordnung vom 12. März 1924 (Mit ausführlichem Sachregister, 3. Aufl., Breslau 1924), aufgehoben durch Art. 4 EGStGB vom 2. März 1974 (BGBl. I 1974, S. 469 ff.)
ProstG	Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (Prostitutionsgesetz – ProstG) (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Ergänzungsband, Nr. 29a)
PrStGB	Strafgesetzbuch für die Preußischen Staaten vom 14. April 1851 (abgedruckt in: <i>Stenglein</i> (Hrsg.), Strafgesetzbücher, 3. Bd., XI., S. 1 ff.)
R	Registerzeichen des BFH; es weist auf folgende Verfahrensart hin: Revisionsverfahren; Registerzeichen (am Ende des Akten-

	zeichens) des BSG; es weist auf folgende Verfahrensart hin: Revisionsverfahren; Registerzeichen (am Ende des Aktenzeichens) des EuGH; es weist auf folgende Verfahrensart hin: Référé (Verfahren auf einstweiligen Rechtsschutz)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
RGSt.	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, zitiert nach Band und Seite
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen, zitiert nach Band und Seite
RiFLEtikettG	Gesetz zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union über die besondere Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen und über die Verkehrsbezeichnung und Kennzeichnung von Fleisch von weniger als zwölf Monate alten Rindern (Rindfleischetikettierungsgesetz) vom 26. Februar 1998 (BGBl. I 1998, S. 380 ff.), zuletzt geändert durch Art. 106 des Zweiten Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Zweites Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – 2. DSAnpUG-EU) vom 20. November 2019 (BGBl. I 2019, 1626 ff.)
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft, zitiert nach Jahr und Seite
Rn.	Randnummer
RReg.St	Registerzeichen des BayObLG; es wurde für Revisionsregister in Strafsachen verwendet
Rs.	Rechtssache/n
S.	Satz, Seite
SAE	Sammlung Arbeitsrechtlicher Entscheidungen, zitiert nach Jahr und Seite
SCEAG	Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) (SCE-Ausführungsgesetz – SCEAG) vom 14. August 2006 (BGBl. I 2006, S. 1911 ff.), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2015/848 über Insolvenzverfahren vom 5. Juni 2017 (BGBl. I 2017, S. 1476 ff.)
SEAG	Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) (SE-Ausführungsgesetz – SEAG) vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I 2004, S. 3675 ff.), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II) vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I 2019, S. 2637 ff.)

SGB IV	Viertes Buch Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – (SGB IV) (Aichberger, Sozialgesetzbuch, Nr. 4)
SGB VI	Sozialgesetzbuch (SGB) Sechstes Buch (VI) – Gesetzliche Rentenversicherung – (Aichberger, Sozialgesetzbuch, Nr. 6)
SK-StGB	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des EuG (vor dem Vertrag von Lissabon GEI) und des EuGH, zitiert nach Jahr, Band und Seite; Vor 1990 lediglich Sammlung der Rechtsprechung des EuGH, zitiert nach Jahr und Seite
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannte, sogenannten, sogenannter, sogenanntes
SozSichEUG	Gesetz zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in Europa vom 22. Juni 2011 (BGBl. I 2011, S. 1202 ff.), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes zur Anpassung der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgeldes vom 8. Juli 2019 (BGBl. I 2019, S. 1025 ff.)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SprengG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz – SprengG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2002 (BGBl. I 2002, S. 3518 ff.), zuletzt geändert durch Art. 4a des Dritten Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften (Drittes Waffenrechtsänderungsgesetz – 3. WaffRÄndG) vom 17. Februar 2020 (BGBl. I 2020, S. 166 ff.)
Ss	Registerzeichen der GenStA und des OLG (KG); es weist auf folgende Verfahrensart hin: Revisionen in Strafsachen und Rechtsbeschwerden in Bußgeldsachen
SSW-StGB	Kommentar zum Strafgesetzbuch von Satzger, Schluckebier und Widmaier
StB	Registerzeichen in Strafsachen; es bedeutet Beschwerden; zuständige Behörde ist der BGH
StDÜV	Verordnung zur elektronischen Übermittlung von Steuererklärungen und sonstigen für das Besteuerungsverfahren erforderlichen Daten (Steuerdaten-Übermittlungsverordnung – StDÜV) vom 28. Januar 2003 (BGBl. I 2003, S. 139 ff.), außer Kraft getreten durch Art. 23 Abs. 1 S. 2 des Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens vom 18. Juli 2016 (BGBl. I 2016, S. 1679 ff.)
StE	Registerzeichen in Strafsachen; es bedeutet Strafsachen vor dem OLG, in denen der GBA Anklage erhoben hat; zuständige Behörde ist der GBA
StGB	Strafgesetzbuch (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 85)
StPO	Strafprozessordnung (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 90)

StR	Registerzeichen in Strafsachen; es bedeutet Revisionen und Vorlegungssachen nach § 121 Abs.1 Nr.1, Abs. 2 GVG, § 79 Abs. 3 OWiG, §§ 13 Abs. 4, 25 StrRehaG; zuständige Behörde ist der GBA/BGH
StrÄndG	Strafrechtsänderungsgesetz
StRR	Registerzeichen des BayObLG; es wurde für Revisionsregister in Strafsachen verwendet
StrRehaG	Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1999 (BGBl. I 1999, S. 2664 ff.), zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I 2019, S. 2652 ff.)
StV	Strafverteidiger, zitiert nach Jahr und Seite
StVG	Straßenverkehrsgesetz (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 35)
StVj	Steuerliche Vierteljahresschrift, zitiert nach Jahr und Seite
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 35a)
StVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung – Strafvollzugsgesetz (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Ergänzungsband, Nr. 91)
s. u.	siehe unten
t	Tonnen
T	Registerzeichen des EuG; es wird für alle seine Verfahren als Gerichtskennzeichen verwendet
TgV	Verordnung zur Transportgenehmigung (Transportgenehmigungsverordnung – TgV) vom 10. September 1996 (BGBl. I 1996, S. 1411 ff.), am 20. November 1997 berichtigt (BGBl. I 1997, S. 2861), außer Kraft getreten durch Art. 6 S. 2 der Verordnung zur Fortentwicklung der abfallrechtlichen Überwachung vom 5. Dezember 2013 (BGBl. I 2013, S. 4043 ff.)
TzBfG	Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG) (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Ergänzungsband, Nr. 78b)
U	Registerzeichen des OLG (KG); es steht für Berufungsverfahren in Zivilsachen
u. a.	und andere, unter anderem
u. ä.	und ähnlich, Ähnliche(s)
UAbs.	Unterabsatz
UmwBerG	Gesetz zur Bereinigung des Umwandlungsrechts (UmwBerG) vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I 1994, S. 3210 ff.)

UmwG	Umwandlungsgesetz (UmwG) (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 52a)
UPR	Umwelt- und Planungsrecht, zitiert nach Jahr und Seite
Urt.	Urteil
USA	United States of America
UStG 1980	Umsatzsteuergesetz 1980 in der Fassung vom 26. November 1979 (BGBl. I 1979, S. 1953 ff.), Bekanntmachung der Neufassung des Umsatzsteuergesetzes vom 21. Februar 2005 (BGBl. I 2005, S. 386 ff.), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht vom 21. Dezember 2019 (BGBl. I 2019, S. 2886 ff.)
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 295)
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 73)
v.	von, vom
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 (BGBl. I 1993, S. 2 ff.), zuletzt neugefasst durch Art. 1 des Gesetzes zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen vom 1. April 2015 (BGBl. I 2015, S. 434 ff.), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes zur Einführung von Sondervorschriften für die Sanierung und Abwicklung von zentralen Gegenparteien und zur Anpassung des Wertpapierhandelsgesetzes an die Unterrichtungs- und Nachweispflichten nach den Artikeln 4a und 10 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 vom 19. März 2020 (BGBl. I 2020, S. 529 ff.)
Var.	Variante
verb.	verbunden
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I 1990, S. 2840 ff.), Bekanntmachung der Neufassung des Verbraucherkreditgesetzes vom 29. Juni 2000 (BGBl. I 2000, S. 940 ff.), aufgehoben durch Art. 6 Nr. 3 des Gesetzes zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26. November 2001 (BGBl. I 2001, S. 3138 ff.)
VereinsG	Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 425)
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht, zitiert nach Jahr und Seite
VerwArch	Verwaltungsarchiv – Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
VfGH	Österreichischer Verfassungsgerichtshof

VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VISZG	Gesetz über den Zugang von Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie Nachrichtendiensten zum Visa-Informationssystem (VIS-Zugangsgesetz – VISZG) vom 6. Mai 2009 (BGBl. I 2009, S. 1034 f.; BGBl. I 2013, S. 3212), zuletzt geändert durch Art. 6 des Zweiten Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Zweites Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – 2. DSAnpUG-EU) vom 20. November 2019 (BGBl. I 2019, 1626 ff.)
VO	Verordnung
Vol.	Volumen
Vorb.	Vorbemerkung
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
vs.	versus
VuR	Verbraucher und Recht, zitiert nach Jahr und Seite
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
VwGH	Österreichischer Verwaltungsgerichtshof
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz (Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Nr. 112)
WiPrO	Gesetz über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. November 1975 (BGBl. I 1975, S. 2803 ff.), zuletzt geändert durch Art. 79 des Zweiten Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Zweites Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – 2. DSAnpUG-EU) vom 20. November 2019 (BGBl. I 2019, 1626 ff.)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht, zitiert nach Jahr und Seite
WM	Wertpapier-Mitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts-, Wertpapier- und Bankrecht, zitiert nach Jahr und Seite
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Ergänzungsband, Nr. 58)
WRP	Wettbewerb ind Recht und Praxis, zitiert nach Jahr und Seite
Ws	Registerzeichen des OLG (KG); es steht für Beschwerdeverfahren in Strafsachen
Ws (B)	Registerzeichen des OLG (KG); es steht für Beschwerdeverfahren in Bußgeldsachen
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift für Kartellrecht, Wettbewerbsrecht, Marktorganisation), zitiert nach Jahr und Seite

WVRK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (Wiener Vertragsrechtskonvention) (Sartorius II, Internationale Verträge – Europarecht, Nr. 320)
Z.	Zeichen
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
z.B.	zum Beispiel
ZB	Registerzeichen in Zivilsachen; es bedeutet Beschwerden, Rechtsbeschwerden, weitere Beschwerden, Beschwerden gegen die Nichtzulassung der Revision nach dem BEG; zuständige Behörde ist der BGH
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft, zitiert nach Jahr und Seite
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht, zitiert nach Jahr und Seite
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien, zitiert nach Jahr und Seite
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung, zitiert nach Jahr und Seite
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht, zitiert nach Jahr und Seite
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchsteuern, zitiert nach Jahr und Seite
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung, zitiert nach Jahr und Seite
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht, zitiert nach Jahr und Seite
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, zitiert nach Jahr und Seite
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, zitiert nach Jahr und Seite (abrufbar unter: www.zis-online.com)
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium, zitiert nach Jahr und Seite (abrufbar unter: www.zjs-online.com)
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
ZPO	Zivilprozessordnung (Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nr. 100)
ZR	Registerzeichen in Zivilsachen; es bedeutet Revisionen, Beschwerden gegen die Nichtzulassung der Revision, Anträge auf Zulassung der Sprungrevision, Berufungen in Patentnichtigkeitsverfahren; zuständige Behörde ist der BGH

ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik, zitiert nach Jahr und Seite
Zs	Registerzeichen; es steht für Beschwerden gegen Amts- und Staatsanwälte; zuständige Behörde ist die GenStA
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, zitiert nach Band (Jahr) und Seite
zust.	zustimmend
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess, zitiert nach Band (Jahr) und Seite

Einleitung

Mit dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon ist an die Stelle der EG nach Art. 1 UAbs. 3 S. 3 EUV die EU als deren Rechtsnachfolgerin getreten. Nach Art. 47 EUV besitzt die Union Rechtspersönlichkeit und ist damit Trägerin eigener Rechte und Pflichten.¹ Die EU ist Völkerrechtssubjekt und nicht mehr nur eine zwischenstaatliche Einrichtung, sondern eine Organisation, die zwischen einem Staatenbund und einem Bundesstaat einzuordnen ist.² Mittlerweile bezeichnet das BVerfG die EU als einen Staatenverbund³. Die EU weist im Hinblick auf das Bestehen von Hoheitsrechten und die Befugnis zur Rechtsetzung eine von den Mitgliedstaaten zu unterscheidende Rechtsordnung auf, und zwar das Unionsrecht. Nach dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung darf die Union allerdings lediglich innerhalb ihrer in den Gründungsverträgen von den einzelnen Mitgliedstaaten festgelegten Zuständigkeiten tätig werden.⁴ Außerhalb dieser übertragenen Hoheitsrechte besitzen die Mitgliedstaaten die Zuständigkeiten, sodass neben der Rechtsordnung der Union die jeweiligen nationalstaatlichen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten stehen. Diese jeweiligen Rechtsordnungen haben auf der einen Seite ihren eigenen Anwendungsbereich, sind auf der anderen Seite aber auch nicht unabhängig voneinander zu betrachten. Stattdessen tangieren sich die nebeneinanderstehenden Rechtsordnungen gegenseitig.⁵ Zur Durchsetzung der in Art. 3 EUV geregelten Ziele der Union stehen derselbigen mehrere Instrumente zur Verfügung, mittels Unionsrecht auf das nationalstaatliche Recht ihrer Mitgliedstaaten Einfluss zu nehmen. Nach Art. 288 AEUV sind die Organe der Union befugt, sekundäre Unionsrechtsakte anzunehmen. Dazu gehören u. a. Verordnungen, die gemäß Art. 288 UAbs. 2 AEUV in jedem Mitgliedstaat unmittelbar gelten, und Richtlinien, die nach Art. 288 UAbs. 3 AEUV nur hinsichtlich ihres zu erreichenden Ziels

¹ Geiger, in: Geiger/Khan/Kotzur (Hrsg.), EUV/AEUV, 6. Aufl., Art. 47 EUV, Rn. 1.

² Jarass/Pieroth/Jarass, GG, 15. Aufl., Art. 23, Rn. 2.

³ In neueren Entscheidungen spricht das BVerfG neben einem Staatenverbund auch von einem „Verfassungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungsverbund“, vgl. BVerfGE 140, 317 (337f., Rn. 44); bestätigt durch BVerfG, NJW 2020, 1647 (1651, Rn. 111).

⁴ Vgl. Oppermann/Classen/Nettesheim/Nettesheim, Europarecht, 8. Aufl., § 11, Rn. 3.

⁵ Vgl. dazu auch BVerfG, NJW 2016, 3648 (3650, Rn. 42).

für jeden Mitgliedstaat verbindlich sind. An die inhaltlichen Vorgaben der Unionsrechtsakte sind die Mitgliedstaaten mitunter gebunden. Diese der Unionsrechtskonformität dienende Bindungswirkung kann unter bestimmten Voraussetzungen zwei Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten zur Folge haben: den Erlass neuer bzw. die Änderung bestehender Gesetze und/oder die sog. unionsrechtskonforme Auslegung innerstaatlicher Vorschriften. Die unionsrechtskonforme Auslegung ist ein Oberbegriff für die Berücksichtigung unionsrechtlicher Vorgaben im Zuge der Interpretation nationalstaatlichen Rechts. Dies kann zu einer neuen oder anderen Interpretation einzelner innerstaatlicher Vorschriften führen, die mit der zuvor – mitunter lange Zeit – bestehenden Auslegung der Wissenschaft und möglicherweise sogar höchstgerichtlichen Rechtsprechung nicht übereinstimmt.⁶ Das kann insbesondere im Bereich des Kriminalstrafrechts, das häufig mit den historisch-traditionellen Wertvorstellungen des jeweiligen Staatsvolkes verbunden ist,⁷ auf rechtsstaatlich zu beachtende Hürden stoßen. Denn mittels unionsrechtskonformer Auslegung kann das Unionsrecht sowohl das Zivilrecht als auch das öffentliche Recht und das Strafrecht der Mitgliedstaaten beeinflussen. Zwar besitzt die Union grundsätzlich keine Rechtsetzungsbefugnis auf dem Gebiet des Kriminalstrafrechts.⁸ Doch mittels umfangreicher Kompetenzen zur Strafrechtsharmonisierung und mittels der sog. Assimilierung stehen der EU zahlreiche andere Wege offen, auf die Strafrechtsordnungen der Mitgliedstaaten Einfluss zu nehmen.

A. Ziel der Arbeit

Auf der Grundlage der möglichen Verpflichtung der Mitgliedstaaten, ihr jeweiliges nationalstaatliches Recht unionsrechtskonform auszulegen, und der damit einhergehenden Möglichkeit der Union, Einfluss auf das Recht der Mitgliedstaaten zu nehmen, beschäftigt sich die vorliegende Arbeit mit der unionsrechtskonformen Auslegung bundesdeutschen (Straf-)Rechts, also mit den Auswirkungen des Unionsrechts auf die Interpretation bundesdeutscher (Strafrechts-)Normen. Dazu gehört zum einen die allgemeine Erläuterung des Instituts der unionsrechtskonformen Auslegung. Zum anderen umfasst das Thema der vorliegenden Arbeit die Herausarbeitung der Grenzen und des Umfangs der unionsrechtskonformen Auslegung. Darüber hinaus sind die Vorgehensweise und allgemeingültige zu beachtende Regelungen der unionsrechtlichen Vorgaben im Rahmen der Interpretation innerstaatlicher Normen

⁶ Siehe dazu auch *Hecker*, Strafrecht, 5. Aufl., 10. Kap., Rn. 1.

⁷ *Satzger*, in: Sieber/Satzger/v. Heintschel-Heinegg (Hrsg.), Strafrecht, 2. Aufl., § 9, Rn. 8.

⁸ Vgl. etwa *Jähnke/Schramm*, Strafrecht, Kap. 4, Rn. 1.

Teil des Untersuchungsgegenstandes. Das Hauptziel dieser Untersuchungen soll die Herausarbeitung der Merkmale der unionsrechtskonformen Auslegung im Rahmen des bundesdeutschen materiellen Strafrechts darstellen, um überprüfen zu können, ob dem Institut der unionsrechtskonformen Auslegung im Bereich des Kriminalstrafrechts rechtsstaatliche Gesichtspunkte entgegenstehen.

Daran orientiert sollen vier Hauptfragen, die sich ihrerseits aus mehreren kleineren zu beantwortenden Fragen zusammensetzen, im Mittelpunkt der Arbeit stehen:

1. Gibt es eine positivrechtliche und/oder eine rechtsdogmatische Begründung, die die Mitgliedstaaten grundsätzlich dazu verpflichten, ihr jeweiliges nationalstaatliches Recht unionsrechtskonform auszulegen?

Mit dieser Frage gehen die Erläuterungen des Begriffs und des Zwecks der unionsrechtskonformen Auslegung, die Klärung der vom Postulat erfassten Träger der öffentlichen Gewalt sowie die Bedeutung des Instituts der unionsrechtskonformen Auslegung im Rahmen des Verhältnisses des Unionsrechts und des bundesdeutschen Rechts zueinander einher.

2. Unterliegt die unionsrechtskonforme Auslegung bundesdeutscher materieller Strafrechtsnormen nationalstaatlichen und unionsrechtlichen Grenzen?

Im Zuge der nationalstaatlichen Grenzen gilt es zu klären, welche Bedeutung der innerstaatlichen Auslegungsmethodik und den verfassungsrechtlichen Prinzipien zukommt. Des Weiteren gilt es der Frage nachzugehen, ob sich die nationalstaatlichen und unionsrechtlichen Grenzen gegenseitig ergänzen oder ob sie miteinander kollidieren.

3. Welchen Umfang weist die unionsrechtskonforme Auslegung bundesdeutscher materieller Strafrechtsvorschriften auf?

Dazu gehören die Fragen, ob das Institut das gesamte Unionsrecht und sämtliche innerstaatliche Rechtsnormen umfasst. Zudem stellt sich die Frage, ab wann die Mitgliedstaaten ihr nationalstaatliches Recht unionsrechtskonform auslegen dürfen bzw. müssen. Darüber hinaus gilt es zu klären, ob das Institut der unionsrechtskonformen Interpretation neben der Auslegung im engeren Sinne auch die Rechtsfortbildung erfasst.

4. Wie ist im Rahmen der unionsrechtskonformen Auslegung bundesdeutscher materiellen Strafrechts vorzugehen und welche allgemeingültigen Regelungen sind hierbei zu beachten?

In diesem Zuge gilt es u. a. zu eruieren, auf welcher Ebene bzw. Stufe der Interpretation nationalstaatlichen Rechts das Unionsrecht hinzuzuziehen ist und nach welchen Grundsätzen die zu berücksichtigenden unionsrecht-